

Antrag

der AfD-Fraktion

Schritt für Schritt in die Energiesicherheit - moderne Methoden der Behandlung radioaktiver Reststoffe umsetzen

Der Landtag stellt fest:

1. Nach aktuellem Stand müssen für die in Deutschland existierenden radioaktiven Reststoffe Endlagerstätten gefunden werden, welche über mehrere Hunderttausend Jahre sicher und verschlossen bleiben sollen. Diese Zeitspanne überschreitet kulturelle Zeithorizonte bei Weitem und kann daher unmöglich garantiert werden.
2. Jede sich bietende Chance, das Endlagerproblem zu beseitigen oder zu verkleinern, muss im Sinne der Sicherung des Wohlergehens zukünftiger Generationen und der Natur erforscht und ergriffen werden.
3. Ein Verlust von nukleartechnischer Expertise ist im Hinblick auf eine Lösung oder Verkleinerung des Endlagerproblems höchst schädlich.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen,

1. dass die bestehenden Verbote eines Umgangs mit radioaktiven Reststoffen abseits der Endlagerung aufgehoben werden. Hierzu gehören die Wiederaufarbeitung zur Mengenreduzierung, die Wiederaufarbeitung und der Verkauf an Länder, die Kernenergie weiter nutzen oder in diese Technologie einsteigen, die Abgabe an Länder, die Schnelle Brüter betreiben, und die gemeinsame Nutzung von Endlagern im Rahmen der EU, z. B. in Finnland oder Schweden.
2. sich gegenüber der Bundesregierung auch für die Förderung perspektivisch vielversprechender Kernfusionstechnologien einzusetzen und das Atomgesetz (AtG) dahingehend ändern zu lassen, dass neue kerntechnische Anlagen, die zwecks Vermeidung der geologischen Endlagerung für den Schluss des Kernbrennstoffkreislaufs geeignet sind, auch zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wieder genehmigungsfähig sind, und die im AtG enthaltenen Beschränkungen hinsichtlich Brennstoffverarbeitungstechniken, Laufzeit- und Strommengenbegrenzungen vollständig aufzuheben.

3. technologieoffen die besten Wege für die Vermeidung radioaktiver Reststoffe zu prüfen. Hierzu gehören die Prüfung des Baus einer modernen Partitionierungsanlage oder eine Beteiligung Deutschlands am belgischen Forschungsprojekt MYRRHA.
4. ein Forschungszentrum für Nukleartechnologie in der Lausitz zu gründen. Dem Landtag ist bis Ende des Jahres 2023 ein entsprechender Ziel- und Umsetzungsplan vorzulegen.

Begründung:

Die deutsche Energiewende ist auf ihrem einsamen Wege der Ablehnung der Kerntechnologie gescheitert. Die dauerhafte Abschaltung der verbliebenen Kernkraftwerke im April 2023 wird zu steigender Stromproduktion aus fossilen Quellen führen. Dieser Trend war bereits 2022 erkennbar. Die Emissionsziele 2030 und die erhoffte Dekarbonisierung bis 2045 sind dann nicht mehr erreichbar.

Die Umsteuerung ist nur langfristig zu bewältigen. Schritt für Schritt muss Deutschland seinen Einstieg in die Zukunftstechnologie neu organisieren. Die Endlagerung ist eine Problematik, die aus der Vergangenheit kommt, da die technischen Möglichkeiten der Wiederaufbereitung durch jene politischen Kräfte hintertrieben wurden, welche uns in die heutige Energiekrise geführt haben. Die Kämpfe von gestern dürfen aber nicht länger den Blick auf aktuelle Entwicklungen verstellen. In der Tat benötigen manche in veralteten Reaktoren angefallenen radioaktiven Reststoffe sehr lange, bis die von ihnen ausgehende Strahlung ein ungefährliches Niveau erreicht.¹ Deshalb legt die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ für ein zu findendes Endlager den Maßstab der sicheren Verwahrung von einer Million Jahre an.² Derartiges zu garantieren, ist nach menschlichem Ermessen utopisch. Selbst geologische Prozesse, welche die Gegebenheiten im ausgewählten Endlager verändern, erscheinen über derartig lange Zeiträume nicht ausgeschlossen. Es muss also nach Möglichkeiten zur Beseitigung oder Verkleinerung des Endlagerproblems gesucht werden. Neuartige technologische Konzepte, z. B. in Form von modernen Partitionierungseinheiten, müssen aktuell geprüft werden, um sie langfristig eventuell zur Anwendung bringen zu können.³

Der Weg einer Aufbereitung und sinnvollen Verwendung von radioaktiven Reststoffen wäre nicht nur umweltschonender und sicherer als eine kulturelle Zeithorizonte übersteigende Endlagerung, sondern langfristig auch kostengünstiger. Den kommenden Generationen und der Natur hohe Risiken aufzubürden, ist verantwortungslos, wenn Lösungsansätze für das Endlagerproblem in Sicht sind. Daher gilt es, diese Technologien zielstrebig zur Marktreife zu entwickeln und nach Möglichkeit einzusetzen. Hierfür ist jedoch auch ein Mentalitätswandel in der Politik, der Bildung und der Forschung vonnöten. Das Ziel der Endlagersuche muss zugunsten einer Ansiedlung von Forschungsstrukturen und -projekten aufgegeben werden, welche diese Suche unnötig machen.

¹ Vgl. <http://www.bund-rvso.de/atommuell-endlager-info.html>, letzter Zugriff: 01.03.21.

² Vgl. https://www.bundestag.de/blob/434430/35fc29d72bc9a98ee71162337b94c909/drs_268-data.pdf, letzter Zugriff: 01.03.21.

³ Vgl. https://festkoerper-kernphysik.de/download/NuDest/Endbericht_NuDest.pdf, letzter Zugriff: 29.01.2023; <https://www.revierkohle.de/loest-der-schnellspaltreaktor-alle-energieprobleme-der-zukunft/>, letzter Zugriff: 29.01.2023.

Hinzu tritt, dass in diesem Falle der europäische Rahmen Möglichkeiten eröffnet. Die Kernenergie wäre der Sache nach eine europäische Angelegenheit. Von den vielerlei Projekten, welche die Nationalstaaten innerhalb und außerhalb der EU durchführen, kann Deutschland sofort profitieren und sollte vernünftigerweise an ihnen partizipieren. Durch die verantwortungslose Unterbindung der einstmals weltweit führenden deutschen Kernforschung erscheint die Beteiligung am belgischen Projekt MYRRHA (Multi-purpose hYbrid Research Reactor for the High-tech Applications), in dem die jahrzehntelange belgische Forschungstradition fortgesetzt wird, für Deutschland und Brandenburg als ein Ausweg. Die langfristig gestützte Kernforschungspolitik kommt voran, in die dort verfolgte Transmutation und Erforschung der Handhabung radioaktiver Reststoffe sowie Entwicklung fortgeschrittener Reaktorsysteme stieg zuletzt Rumänien im November 2022 ein.

Schließlich müssen die bisherigen, volkswirtschaftlich verheerenden Fehlallokationen für die Energiewende zu sinnvollen Investitionen in eine sichere Versorgung umgesteuert werden. Das Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE) wies bereits im Jahr 2016 Kosten von 520 Milliarden Euro⁴ für die aktuelle Energiewende hin zu volatilen Energieträgern für die Jahre 2000 bis 2025 aus. Die EEG-Umlage betrug zuletzt pro Jahr 30,9 Milliarden Euro.⁵ Statt in volatile Energie muss in Kerntechnologie investiert werden, auch um z. B. die E-Mobilität oder die steigende Anzahl von Wärmepumpen, wenn diese Entwicklungen künftig gewünscht sind, zuverlässig mit Strom versorgen zu können. Die scheiternde Energiewende sorgt nicht nur für hohe Kosten beim Endverbraucher, sie stoppt alle Träume einer CO₂-freien Versorgung im Mobilitäts- und Wärmesektor.

Das Energieland Brandenburg und insbesondere die vom Strukturwandel betroffene Lausitz bieten sich für die Förderung von Zukunftstechnologien an und sollten daher mit gutem Beispiel vorangehen. Die BTU Cottbus-Senftenberg würde sich für Kooperationen und das Bereitstellen des für die Forschung benötigten Nachwuchses und Personals eignen. Die Gründung eines entsprechenden Forschungs- und Kompetenzzentrums kann nur der erste von vielen Schritten sein, um den viel beschworenen Bekenntnissen zu einem erfolgreichen Strukturwandel im Sinne der Schaffung eines volkswirtschaftlich ertragreichen Innovationsstandortes konkretes Leben einzuhauchen. Im besten Falle würde damit ermöglicht, in einer abgehängten und von der heutigen Politik vergessenen und benachteiligten Region ein internationales Leuchtturmprojekt anzusiedeln.

Über die konkrete Ausgestaltung der deutschen Energieerzeugung wird politisch und medial heftig gestritten. Alle politischen Kräfte müssten sich jedoch zumindest über die Sinnhaftigkeit einer Beseitigung oder Verkleinerung des Endlagerproblems einig sein.

⁴ Vgl. <https://www.insm.de/insm/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-studie-eeg>, letzter Zugriff: 02.03.21.

⁵ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/30-9-milliarden-euro-oekostromfoerderung-erreicht-rekord-17141915.html>, letzter Zugriff: 02.03.21.